

M. MARTULLO-BLOCHER

War mit Roffler bei Parmelin



Nationalrätin Magdalena Martullo besuchte mit Thomas Roffler Bundesrat Guy Parmelin. Sie will eine schlanke AP22+ mit Pflanzenschutz-Teil. **SEITE 5**

INTERVIEW: Zwei Bündner Politiker sprachen beim Vorsteher des Wirtschaftsdepartements vor

«Rahmenvertrag trifft Landwirtschaft»

Unternehmerin und Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher lehnt den Vertragstext zum Rahmenabkommen mit der EU ab. Laut ihr könnte die Schweiz damit ihre heutige Agrarpolitik nicht weiterführen.

INTERVIEW: DANIEL SALZMANN
«Schweizer Bauer»: Sie waren heute mit Thomas Roffler bei Bundesrat Guy Parmelin. Was haben Sie ihm zur AP 22+ gesagt?

Magdalena Martullo-Blocher: Wir zwei haben festgehalten, dass wir an der Agrarpolitik nicht viel ändern möchten. Man soll nur beim Grundsätzlichen nötige Anpassungen machen und nicht

Die AP 22+ muss eine Antwort geben auf die drohenden Trinkwasser- und Anti-Pestizid-Initiativen.

an jeder Ecke und an jedem Ende ziehen. Die AP 22+ soll für die Bauernfamilien ohne grossen Mehraufwand und ohne hohe Mehrkosten umsetzbar sein. Das war ja bei der letzten Reform AP 14–17 nicht der Fall.

Gibt es überhaupt etwas, das man aus Ihrer Sicht in der Agrarpolitik ändern sollte?
Handlungsbedarf sehen wir bei der Verbesserung der bäuerlichen Einkommen. Zudem muss die AP 22+ eine Antwort geben



Von links: Thomas Roffler, Präsident des Bündner Bauernverbandes, Bundesrat Guy Parmelin und Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (SVP, GR). (Bild: zvg)

auf die drohenden Trinkwasser- und Anti-Pestizid-Initiativen. Integriert in die AP 22+, muss man aufzeigen, was alles die Landwirtschaft bereits für eine nachhaltige Landwirtschaft tut und wie umfassend die bestehenden Massnahmen zur Reduktion des Pestizid- und Antibiotikaeinsatzes sind. Als Unternehmerin und Industrielle ist mir persönlich immer besonders wichtig, dass man auch in der Landwirtschaft innovative Ideen umsetzen kann und dass sich die Betriebe weiterentwickeln können. Ich bin für eine unternehmerische Landwirtschaft mit nicht allzu vielen regulatorischen Fesseln. Deshalb lehne ich auch die vorgeschlagene Direktzahlungsobergrenze pro Betrieb ab. Mit dem Rahmenvertrag müssten wir womöglich auch die Plafonierungen von der EU

übernehmen. Allgemein sind wir bei Bundesrat Parmelin auf Verständnis und Dialogbereitschaft gestossen. Man spürt, dass er einen landwirtschaftlichen Hintergrund hat und sich für den Erhalt der Schweizer Landwirtschaft engagiert.

Was ist aus Bündner Sicht wichtig für die zukünftige Landwirtschaftspolitik?

Wir haben mit Bundesrat Parmelin speziell über die Anliegen der Bergkantone und der Berglandwirtschaft gesprochen. Uns ist wichtig, dass man im Berggebiet weiterhin einen Betrieb als Haupteinkommensquelle führen kann. Die Politik soll Betriebe nicht in den Nebenerwerb drängen. Wir engagieren uns auch dafür, dass der separate Steillagenbeitrag erhalten bleibt, dieser soll

nicht in die Hangbeiträge überführt werden.

Das vorliegende Rahmenabkommen mit der EU lehnen Sie aus prinzipiellen Gründen ab. Betrifft es auch die Agrarpolitik?

Als Mitglied der Wirtschaftskommission habe ich mich intensiv mit dem EU-Beihilfenverbot auseinandergesetzt. Wenn wir das Rahmenabkommen unterschreiben würden, müssten wir auch die EU-Beihilfen-Definition übernehmen. Das betrifft die Landwirtschaft besonders stark. Bundesrat Parmelin ist sich der Problematik bewusst. Die Verkaufszulage, die Siloverzichtszulage und die neue Schoggigesetz-Milchregelung würden zum Beispiel gegen dieses EU-Beihilfenverbot verstossen. Wir könn-

ten unsere heutige Agrarpolitik nicht weiterführen. Sie wissen, dass ich mich bei Verhandlungen um Freihandelsabkommen immer eingesetzt habe, dass die Landwirtschaft nicht dem Freihandel überlassen wird. Als treibende Kraft hinter einem Abkommen zwischen der Schweiz und den USA habe ich von An-

Mit dem EU-Rahmenvertrag könnten wir unsere heutige Agrarpolitik nicht weiterführen.

fang an klargemacht, dass dieses ohne Freihandel in der Landwirtschaft sein muss. Wenn wir den Rahmenvertrag mit der EU unterzeichnen würden, gäbe es einen stärkeren Druck, in der Landwirtschaft mit der EU Freihandel einzuführen. Preislich kämen wir unter Druck, und die Anbaubestimmungen müssten übernommen werden. Aus dem gleichen Grund, wie ich die automatische Rechtsübernahme generell ablehne, bin ich auch in Bezug auf die Landwirtschaft dagegen: Denn gerade in der Landwirtschaft hat die Schweiz eine eigene Politik, die sich für uns bewährt hat. Wir haben ja auch spezielle Gegebenheiten in der Schweiz: mit den Familienbetrieben, mit der Topografie inkl. Berge und Alpen, mit den Kostenstrukturen, die ganz anders sind als in der EU. Da passen die EU-Regelungen nicht.

Lesen Sie am Samstag im «Schweizer Bauer», wie Landwirt Thomas Roffler die AP 22+ beurteilt.